

**Niederschrift
zur Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildungswesen der
Gemeinde Heidgraben (öffentlich)**

Sitzungstermin: Dienstag, den 28.11.2023

Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr

Sitzungsende: 21:50 Uhr

Ort, Raum: Schulungsraum, Freiwillige Feuerwehr Heidgraben,
Uetersener Straße 17

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Cecilie Ballin	SPD	stv. Vorsitzende	
Herr Reinhard Bents	SPD		ab 19.40 Uhr
Frau Nadine Hilbert	CDU		
Frau Bettina Homeyer	CDU		
Frau Maria Musfeldt	CDU		Vertretung für Jan Hartmann
Herr Ralf Rosenowsky	CDU		
Herr Peter Timm	SPD		
Frau Thurid Timm	SPD		
Herr Jens Treiber	GuU	Vorsitzender	
Herr Kristian Warnholz	GuU		

Außerdem anwesend

Herr Frank Tesch	SPD		
Frau Andrea Herz	GuU		
Herr Bürgermeister Julian	Kabel		
	CDU		
Herr Gebhard Rühlow	GuU		
Frau Marion Sörensen	SPD		
Zuhörer		2	

Beratende Mitglieder

Frau Anke Börner

Gäste

Frau Katrin Neu	Leiterin Kindergarten Heidgraben	Schulsozialarbeit
-----------------	----------------------------------------	-------------------

Protokollführer/-in

Frau Kaland

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jan Hartmann CDU

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 08.11.2023 einberufen. Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden.

Der Ausschuss für Kultur und Bildungswesen ist beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich.

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

TOP 6 „Bericht der Grundschule“ entfällt. TOP 11 wird nach Aussprache verschoben in den öffentlichen Teil der Sitzung und wird TOP 10.

Die Tagesordnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung**:

Tagesordnung:

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung
3. Anfragen von Gemeindevertretern/-innen
4. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Sitzungsteil gefassten Beschlüsse
5. Einwohnerfragestunde
6. Bericht OGTS
7. Bericht Schulsozialarbeit
8. Ergebnis des AK offene Jugendarbeit
9. Einrichtung eines öffentlichen "Bolzplatzes" im Bereich hinter dem Kunstrasenplatz
10. Antrag der Grundschule

- 10.1. Aufstockung des Personals
- 10.2. Nutzung des Gemeindezentrums
- 10.3. Aufstockung der BFD Vergütung auf das maximal zulässige Taschengeld
- 10.4. Prüfung der Möglichkeit eine Deutschlandtickets für Bundesfreiwilligendienstleistende

Protokoll:

zu 1 Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Kabel berichtet, dass die Seniorenweihnachtsfeier am 10.12.23 stattfindet. Eingeladen werden Senioren ab 65 Jahren.

Der Bau der Schule befindet sich auf einem guten Weg. Am 12.1.24 ist die Grundsteinlegung der Schule geplant. Die genaue Uhrzeit wird noch festgelegt.

Zur Reparatur der Straßenbeleuchtung gibt es keine neuen Mitteilungen. Es sind einige Straßenlaternen defekt. Diese wurden auch an die Verwaltung gemeldet.

zu 2 Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung

Bürgermeister Kabel merkt an, dass auf der letzten Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung am 29.08.2023 Frau Yella Schulz als Schulleiterin und er selber auch anwesend waren. Beide Personen fehlen auf der Anwesenheitsliste des Protokolls. Diesem Einwand stimmt der Ausschuss zu.

zu 3 Anfragen von Gemeindevertretern/-innen

Von den Gemeindevertretern/-innen gibt es keine Anfragen.

zu 4 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Sitzungsteil gefassten Beschlüsse

Auf der letzten Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung gab es keinen nichtöffentlichen Sitzungsteil und somit keine bekanntzugebenden Beschlüsse.

zu 5 Einwohnerfragestunde

Es wird nach der Lampe gefragt, die auf dem Spielplatz am Sperberweg/Rue de Challes errichtet werden soll. Bürgermeister Kabel berichtet, dass er über die Umsetzung noch keine Information hat.

zu 6 Bericht OGTS

Die Koordinatorin der OGTS, Frau Börner, berichtet laut **Protokollanlage 1**.

zu 7 Bericht Schulsozialarbeit

Frau Katrin Neu erklärt, dass sich ihre tägliche Arbeit, wie bereits auf der letzten Sitzung des Ausschusses berichtet, nicht verändert hat. Die Anzahl der Kinder hat zugenommen. Zurzeit begleitet sie beide 1. Klassen, um den Kontakt zu den neuen Kindern zu stabilisieren. Derzeit ist sie untergebracht in einer Ecke der Bücherei. Sie hofft darauf, baldmöglichst wieder für die Kinder präsenter zu sein. Derzeit versucht sie, sich in den Pausen auf dem Schulhof aufzuhalten, um für die Schüler ansprechbar zu sein.

Unbefriedigend findet sie die spät erfolgte Ausschreibung der Stelle für die Schulsozialarbeit. Weil es auf die erste Ausschreibung keine Bewerbungen gab, wurde die Stelle ein zweites Mal ausgeschrieben. Frau Neu möchte wissen, inwieweit man an den ausgeschriebenen Stunden für die Jugendbetreuung etwas ändern könnte, um die Stelle attraktiver zu machen.

zu 8 Ergebnis des AK offene Jugendarbeit

Frau Homeyer, Mitglied des Arbeitskreises „offene Jugendarbeit“, berichtet, dass der Arbeitskreis am 17.10.23 getagt hat. Es gab viel Resonanz, viele Jugendliche haben an der Sitzung teilgenommen, u. a. auch der Jugendvorstand. Man ist sich darüber einig, dass ein schnelles Handeln bezüglich der Einstellung eines Jugendbetreuers nötig ist, damit der Jugendraum nicht geschlossen werden muss.

Basierend auf den derzeitigen Öffnungszeiten, Mi. 14.30-18.30 Uhr und Fr. 15.00-21.00 Uhr, fallen mindestens 10 Stunden Betreuungszeit pro Woche an, mit Vor- und Nachbereitung hat der Arbeitskreis eine Betreuungszeit von ca. 11,5 Stunden wöchentlich ermittelt. Mittwochs erfolgt die Betreuung derzeit durch die FSJlerin, die jedoch noch nicht volljährig ist. Dies stellt ein Problem dar, weil die Betreuung normalerweise lt. Gesetz durch 2 Erwachsene erfolgen muss, bzw. 1 volljährigen Person mit einer Ausbildung zum Erzieher o.ä. sowie einer minderjährigen Person von mindestens 16 Jahren mit einer Juleica. Weil die Person jedoch auch im Notfall handlungsfähig sein muss, wäre die Volljährigkeit von Vorteil. Der Arbeitskreis merkt an, dass die in der Stellenausschreibung des Jugendbetreuers ausgeschriebene wöchentliche Arbeitszeit von 7 Stunden nicht ausreichend ist. Diese 7 Stunden basieren auf der Betreuung am Freitag. Ca. 11 Stunden wären zu deckeln. Um die Stelle des Jugendbetreuers interessanter zu gestalten, sollte man die Stelle mit 15-20 Stunden ausschreiben. Die für die Arbeit im Jugendraum nicht genutzten Stunden, so schlägt der Arbeitskreis vor, könnten dann für die Schulsozialarbeit und/oder der Arbeit der OGTS genutzt werden. Mit der erhöhten Stundenzahl wäre die Stelle attraktiver und es ist eher mit Bewerbungen zu rechnen.

Es erfolgt ein reger Austausch zu dem Thema. Man ist sich darüber einig, dass die wöchentlichen Stunden für die Stelle des Jugendbetreuers erhöht werden müssen und es eine schnelle Lösung geben muss.

Der Vorsitzende, Herr Treiber, fasst das Gesprochene zusammen und macht den Vorschlag, einen Beschluss zu fassen, um eine Empfehlung des Ausschusses an den Ausschuss für Finanzen und Personalwesen und die Gemeindevertretung zu geben.

Beschluss:

Der Ausschuss für Kultur und Bildung empfiehlt dem Ausschuss für Finanzen und Personalwesen sowie der Gemeindevertretung, die Stunden des zukünftigen Jugendbetreuers auf 15-20 Stunden wöchentlich zu erhöhen. Über die Aufteilung der Stunden ist vom Bürgermeister zusammen mit der Jugendpflegerin ein Konzept zu erstellen.

Abstimmung: einstimmig (10)

Nach der Beschlussfassung wird noch einmal darauf hingewiesen, dass für die Einstellung eines Jugendbetreuers Dringlichkeit geboten ist. Wartet man eine Entscheidung über den Haushalt 2024 im 1. Quartal 2024 ab, wird es zu einer Schließung des Jugendraumes kommen. Das sollte auf jeden Fall verhindert werden, weil der Jugendraum von den Jugendlichen gut angenommen wird.

Um nicht auf den Beschluss über den Haushalt 2024 warten zu müssen, ist zu überlegen, ob man die Stelle zunächst befristet ausschreibt mit der Option auf Entfristung nach Genehmigung des Haushaltes 2024. Es wird vorgeschlagen, dass der Bürgermeister mit Frau Neu, der Schulsozialarbeiterin, über eine mögliche Kooperation bezüglich der Aufteilung der Stunden des Jugendbetreuers zwischen dem Jugendraum und der Schulsozialarbeit spricht.

Frau Homeyer macht noch einmal deutlich, dass es wichtig ist, die Stunden für die Stelle des Jugendbetreuers von 7 auf 15-20 Stunden zu erhöhen, um die Stelle attraktiver zu machen.

Gemeindevertreter Warnholz stellt daraufhin den Antrag auf Aufhebung des eben gefassten Beschlusses und einen neuen Beschluss zu fassen, in dem die Befristung der Stelle berücksichtigt wird.

Abstimmung: einstimmig (10)

Beschluss:

Der Ausschuss für Kultur und Bildung empfiehlt dem Ausschuss für Finanzen und Personalwesen sowie der Gemeindevertretung, die Stunden des zukünftigen Jugendbetreuers befristet auf 15-20 Stunden wöchentlich zu erhöhen und die wöchentlichen Stunden der Stelle im Stellenplan im Haushalt 2024 entsprechend anzuheben. In der Ausschreibung ist die Möglichkeit der Entfristung zu erwähnen. Nach der Zustimmung der Gemeindevertretung ist die Stelle des Jugendbetreuers zu entfristen. Über die Aufteilung der Stunden ist vom Bürgermeister zusammen mit Frau Neu ein Konzept zu erstellen.

Abstimmung: einstimmig (10)

Anschließend wird nach dem Konzeptvorschlag der Jugendlichen gefragt, die einen eigenen Raum ohne Betreuung wünschen, z. B. in Form eines Bauwagens. Dazu erklärt Frau Homeyer, dass man sich im Arbeitskreis einig ist, dass der Arbeitskreis das Thema für sich nicht aufgreifen und unterstützen wird. Der Jugendraum sollte dafür nicht zur Verfügung gestellt werden. In dem Jugendraum gibt es keine Aufsichtspflicht und die Jugendlichen wären unter sich. Eine Kontrolle würde nicht stattfinden. Ein Problem ist auch, dass es in den Räumen Wertgegenstände gibt.

Über die mögliche Überlassung des Jugendraumes an die Jugendlichen ohne Aufsicht entsteht eine rege Diskussion. Es erfolgt der Vorschlag, den Jugendraum umzubauen, so dass ein Raum den Jugendlichen unbeaufsichtigt zur Verfügung gestellt werden könnte. Dies ist natürlich mit Kosten verbunden. Um die unbeaufsichtigte Nutzung des Raumes versicherungstechnisch abzusichern, macht Frau Ballin den Vorschlag, die Nutzung des Jugendraumes mit der Mitgliedschaft im Sportverein zu koppeln.

Frau Homeyer macht deutlich, dass es zunächst wichtig ist, den Jugendraum zu erhalten, bevor man sich mit dem Wunsch der Jugendlichen nach einem eigenen Raum beschäftigt.

Frau Ballin berichtet, dass die Jugendlichen gefrustet waren über den Ausgang des Gespräches mit dem Arbeitskreis. Wenn der Arbeitskreis sich dem Thema nicht annehmen möchte, hofft sie, dass es ev. andere Personen im Ausschuss gibt, die sich mit dem Wunsch der Jugendlichen beschäftigen würden.

Man ist sich im Ausschuss darüber einig, dass die Möglichkeit der Überlassung eines Raumes an die Jugendlichen geprüft werden und das Gespräch mit den Jugendlichen gesucht werden sollte. Dabei ist es ganz wichtig, gemeinsam Regeln für die Nutzung des Raumes aufzustellen.

Der Vorsitzende, Herr Treiber, bittet die Fraktionen, je eine Person zu benennen, die bereit ist, an einem kurzfristigen Gespräch mit den Jugendlichen teilzunehmen. Frau Ballin erklärt sich bereit, sich an dem Gespräch zu beteiligen. Auch Frau Neu bietet ihre Unterstützung an. Die Terminfindung für das Gespräch erfolgt über Herrn Treiber.

zu 9 Einrichtung eines öffentlichen "Bolzplatzes" im Bereich hinter dem Kunstrasenplatz

Der Bürgermeister teilt mit, dass dieser Tagesordnungspunkt Wunsch von ihm ist. Er möchte gern mehr Raum für die Jugend schaffen. Der Vorschlag, den Bereich hinter dem Kunstrasenplatz zu einem öffentlichen Bolzplatz umzuwandeln, kam vom Bauhof, da diese Fläche kaum genutzt wird. Der Vorschlag ist noch nicht ausgereift, aber er würde die Einrichtung eines öffentlichen Bolzplatzes gern auf den Weg bringen. Für die Nutzung wären Regeln aufzustellen, außerdem sind die Kosten für Tore zu ermitteln.

Auf Nachfrage von Herrn Warnholz erklärt Herr Kabel, dass er bereits Rücksprache mit dem Sportverein gehalten hat. Der Sportverein benötigt diesen Platz nicht.

Es entsteht ein Austausch zu dem Thema. Bei der Einrichtung eines öffentlichen Bolzplatzes in dem Bereich gibt es einiges zu bedenken. So

ist bei der Anschaffung der Tore auf die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen zu achten, außerdem ist zu prüfen, ob der Zaun zum Kunstrasenplatz hoch genug ist. Frau Timm und Herr Warnholz machen den Vorschlag, außerdem eine Skaterbahn zu errichten.

Der Bürgermeister bittet die Amtsverwaltung, bis zur Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Umweltschutz und Feuerwehr in der nächsten Sitzungsperiode eine Ortsbegehung durchzuführen und zu prüfen, was für die Einrichtung eines öffentlichen Bolzplatzes im Bereich hinter dem Kunstrasenplatz zu bedenken ist. U. a. sollte die Höhe des Zaunes geprüft werden und Angebote für zwei Tore eingeholt werden. Außerdem bittet er um Prüfung der Fördermittel für den öffentlichen Bolzplatz sowie für die Errichtung einer Skaterbahn.

zu 10 Antrag der Grundschule

zu 10.1 Aufstockung des Personals

Der Bürgermeister erläutert den Antrag und erklärt, dass der Bedarf für mehr Personal vorliegt. Wie hoch der Bedarf ist, ist noch nicht klar. Er trägt eine Bedarfsrechnung vor, die auf Wunsch des Ausschusses **Anlage 2 zum Protokoll** wird. Auch Frau Börner macht deutlich, dass mehr Personal benötigt wird.

Der Vorsitzende erklärt abschließend, dass der Ausschuss nur eine Willenserklärung an die Gemeindevertretung abgeben kann und der Ausschuss sich weiterhin mit diesem Thema beschäftigen wird.

zu 10.2 Nutzung des Gemeindezentrums

Der Bürgermeister erläutert den Sachverhalt. Es gibt Unstimmigkeiten bei der Nutzung des Gemeindezentrums am Mittwoch- und Freitagvormittag. Es gab einmal ein Agreement, dass die Schule bei der Nutzung Vorrang hat.

Das Problem ist, dass an den beiden Vormittagen die Yoga-Gruppe bzw. die Gymnastikgruppe diesen Raum vormittags nutzt. Bei der Zusammenlegung von Klassen ist es jedoch erforderlich, dass der Schule dann dieser Raum zur Verfügung steht. Auch aufgrund des teilweisen starken Baulärms muss die Schule auf das Gemeindezentrum ausweichen können.

Frau Sörensen erklärt, dass der AWO-Raum nicht passend und der Jugendraum zu klein ist. Der Bürgermeister teilt auf Nachfrage mit, dass die Feuerwehr nicht für solche Zwecke zur Verfügung steht, weil die Feuerwehr für einen ev. Einsatz freizuhalten ist. Frau Börner macht deutlich, dass die Nutzung des Raumes durch die Schule nicht langfristig planbar ist. Er muss spontan zur Verfügung stehen. Es wird vorgeschlagen, dass die Yoga- und die Gymnastikgruppe in den MarktTreff ausweichen könnten. Frau Sörensen erklärt sich bereit, mit der Leiterin der

Yoga-Gruppe über den Wechsel in den MarktTreff zu sprechen.
Der Vorsitzende erkundigt sich, ob es bereits ein Gespräch aller Beteiligten gegeben hat. Er appelliert an die Betroffenen, einen Kompromiss zu finden.

Nach weiterer Diskussion stellt Frau Homeyer den Antrag, dass zwischen einem der stellv. Bürgermeister, der Schulleiterin, Frau Schulz, Frau Sörensen, den Übungsleitern der beiden Gruppen sowie Frau Krieg, die für die Raumplanung zuständig ist, ein Gespräch geführt wird, um eine Lösung für das Raumproblem zu finden.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0 Enthaltung: 0

zu 10.3 Aufstockung der BFD Vergütung auf das maximal zulässige Taschengeld

Der Vorsitzende teilt mit, dass das maximal zulässige Taschengeld für den BFD 438 Euro beträgt. Eine Erhöhung wäre wünschenswert, um die Arbeit des Bundesfreiwilligendienstes attraktiver zu machen. Es erfolgt eine rege Diskussion.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Finanzen und Personalwesen und der Gemeindevertretung, die Vergütung für den BFD und das FSJ auf die maximale Höhe von 438 € zu erhöhen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0 Enthaltung: 0

zu 10.4 Prüfung der Möglichkeit eine Deutschlandtickets für Bundesfreiwilligendienstleistende

Herr Warnholz macht deutlich, dass dieser Punkt nicht nur für die BFD-Leistenden gelten sollte, sondern auch für die FSJler. Er berichtet, dass das Deutschlandticket derzeit noch 49 € kostet. Bei Übernahme der Kosten für die Fahrkarten würden für die Gemeinde Kosten in Höhe von ca. 2.400 € anfallen.

Der Vorsitzende empfiehlt, das Deutschlandticket für die Bundesfreiwilligendienstleistende und die FSJler zu bezahlen, so lange es 49€ kostet.

Herr Warnholz empfiehlt, im Haushalt 2024 für die Übernahme der Kosten für das Deutschlandticket 2.400 € einzuplanen.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Finanzen und Personalwesen und der Gemeindevertretung, für die Bezuschussung des Deutschlandtickets für den BFD und das FSJ 2.400 € im Haushalt 2024

einzuplanen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0 Enthaltung: 0

Für die Richtigkeit:

Datum: 12.12.2023

(Jens Treiber)
Vorsitzender

(Kaland)
Protokollführerin